



Beate Müller-Gemmeke
Mitglied des Deutschen Bundestages

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Berlin
Beate Müller-Gemmeke
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73041
Fax: (030) 227 - 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Beate Müller-Gemmeke
Gartenstraße 18
72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411
Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 29.01.2013

Psychischer Stress im Job – nicht verschleppen - handeln!

Zum „Stressreport Deutschland 2012“ und zur gescheiterten gemeinsamen Erklärung von Ministerin von der Leyen, BDA und DGB zum Thema psychische Gefährdungen am Arbeitsplatz erklärt **Beate Müller-Gemmeke**, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte:

Psychische Gefährdungen am Arbeitsplatz machen die Beschäftigten krank und belasten unsere Volkswirtschaft in beträchtlichem Maße. Die Gewerkschaften haben erreicht, dass das Problem von der Bundesregierung nicht mehr ignoriert werden kann. Das zeigt die beabsichtigte gemeinsame Erklärung und das ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, dass die Arbeitgeber schon wieder mauern und sich einem gemeinsamen Vorgehen verweigern. Denn der Stressreport zeigt einmal mehr, dass etwas geschehen muss. Eine gemeinsame Erklärung wäre ein erster wichtiger Schritt, aber das reicht nicht. Die Ministerin muss endlich handeln und darf das Thema nicht weiter verschleppen. Schöne Worte und Absichtserklärungen werden dem Thema nicht gerecht.

Gute alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen müssen im Betrieb endlich die Regel werden. Wir brauchen eine Anti-Stress-Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor psychischen Belastungen, die die gesamte Arbeitsorganisation im Betrieb inklusive Fragen der Arbeitszeit umfasst. Ebenso muss dafür gesorgt werden, dass die Unternehmen tatsächlich Gefährdungsbeurteilungen machen, eine Dokumentationspflicht eingeführt wird und die Aufsichtsbehörden effektiver kontrollieren.

Arbeit darf nicht auf Kosten der Gesundheit gehen. Und wer Altersarmut verhindern will, der muss dafür sorgen, dass die Beschäftigten gesund bis zur Rente arbeiten können.